

Sorge um Israel – Frieden in Nahost, in „Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte“ 7/8-2008.

Die sechzehn Beiträge unterschiedlicher analytischer und zeitgeschichtlicher Qualität in der beim Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger erscheinenden Zeitschrift schwanken zwischen vagen Hoffnungen, tiefer Frustration und bekannten Deutungsmustern. „Frieden im Nahen Osten ist möglich, trotz alledem“, orakelt Chefredakteur Thomas Meyer. Doch manches in diesem Heft gehört schlicht zur agitatorischen Dutzendware. Obwohl, wie Avi Primor¹ zu Recht betont, der Weg zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts nicht nur bekannt ist, sondern auf der Hand liegt, schwinden für Primor die Chancen, ihn zu überwinden. Die Prinzipien und Kriterien aller Friedenspläne würden sich zwar mehr oder weniger überschneiden, ohne jedoch umgesetzt zu werden. Tatsächlich sagen stabile Mehrheiten unter den Israelis und Palästinensern nichts über ihr Verständnis vom Frieden aus.

So haben im Juli 2008 fast achtzig Prozent der Israelis bekannt, in den vergangenen fünf Jahren gar nicht oder nur selten in Jerusalem gewesen zu sein, doch gleichzeitig wollten 61,5 Prozent den Ostteil der Stadt nicht einmal im Falle eines Friedensvertrags aufgeben². Wie kommt es, fragt der diplomatische Korrespondent von „Haaretz“, Akiva Eldar, anlässlich des Todes von Abie Nathan, dass alle Israelis vom Frieden reden, ohne dass er kommt? Warum ist der Frieden mit dem fernen Ägypten möglich, nicht aber mit den nahen Nachbarn³? Vielfältige Meinungsäußerungen von Lesern der nach allgemein üblichen politischen Maßstäben liberalen Zeitung „Haaretz“ liefern beredte Antworten⁴. Kaum ein Tag vergeht, an dem militante Siedler in der Westbank nicht mit israelischen Soldaten in heftige Auseinandersetzungen geraten, ist andernorts beobachtet worden⁵, so dass Ehud Olmert die dreifache Kraftprobe wagte. Mitte September 2008 bezeichnete er „Pogrome gegen Nichtjuden“, die von Bewohnern der nicht genehmigten Siedlung Yitzhar als Vergeltung für den Angriff auf einen neunjährigen jüdischen Jungen in das bei Nablus gelegene palästinensische Dorf Assira al-Kabaliya hineingetragen wurden, als unakzeptabel. Gegen das „Phänomen der jüdischen Brutalität“ in der Westbank werde energisch mit allen Mitteln vorgegangen werden, erklärte der Ministerpräsident in der wöchentlichen Kabinettsitzung – und forderte Militär und Sicherheitsdienste auf, „dieses schwerwiegende Phänomen zu

beenden“, und bezeichnete gleichzeitig die Idee eines „Groß-Israel“ als „erledigt“⁶.

Angesichts solcher Widersprüche und Herausforderungen nutzt es wenig, wenn sich israelische und palästinensische Autoren wieder einmal in der wirkungslosen Rhetorik der Vergangenheitsbewältigung üben und einander vorwerfen wollen, wer welche Entgleisungen und Verbrechen wann begangen hat. Israels Geburt 1948 sei von Israelis und Palästinensern lange Gegenstand einer sich selbst gratulierenden Historiographie der Sieger auf der einen und der schmerz erfüllten Rechnungen der enterbten Palästinenser auf der anderen Seite gewesen, hat Shlomo Ben-Ami bemerkt⁷. Dass die Palästinenser keine historische oder aktuelle Verantwortung für das jüdische Leid in Europa tragen, wie Mustafa Barghouthi⁸ hervorhebt, gehört seit langem zu den Gemeinplätzen in öffentlichen Diskursen, so dass Wiederholungen ermüden. Gleiches gilt für den Hinweis auf die europäischen Wurzeln des politischen Zionismus, denen Elie Barnavi⁹ nachgeht.

Desto mutiger ist die kritische Seelenmassage von Abdallah Al-Frangi¹⁰, wenn er das Augenmerk auch auf die innerpalästinensischen Fehlerquellen und Versäumnisse besonders nach den Osloer Vereinbarungen richtet und nachdrücklich betont, dass es für beide Völker ohne Frieden keine Sicherheit geben kann. Frangi nimmt damit, wenn auch in einem sparsamen Rahmen, den ihm seine amtliche Beauftragung vorgibt, eine argumentative Linie auf, die in den vergangenen Jahren vor allem Khalil Shikaki (Birzeit und Nablus Universität), Yezid Sayigh (Cambridge University) und Rashid Khalidi (Columbia University) gezogen haben¹¹. Schon seit langem bemühen sich palästinensische Menschenrechtsorganisationen wie „Al-Haq“, „Al Mezan“ und das „Palestinian Center for Human Rights“, die politische Verantwortlichkeiten in der Westbank und im Gazastreifen auf die Einhaltung grundlegender Menschenrechtstandards zu verpflichten. Hinzu kommen Gruppen wie das „Arab Thought Forum“ und die „Palestine Strategy Study Group“ sowie Veröffentlichungen arabischer und palästinensischer Autoren im Internetportal des „Carnegie Endowment for International Peace“ mit wissenschaftlich fundierten Analysen und Szenarien für die Beilegung des Konflikts¹².

Dass sich für Daniel Levy¹³ die Isolation von „ Hamas“ kontraproduktiv ausgewirkt hat – obwohl er einräumt, dass in Israel die sinnlose Obstruktion der Islamischen Widerstandsbewegung immer weniger verstanden werde –, wäre als eine Aufforderung an das internationale „Quartett“ zu verstehen, den Boykott zu überdenken, zumal Länder wie Norwegen, die Schweiz und inzwischen auch Jordanien längst den Dialog pflegen und Meldungen die Runde machen, dass die Regierung in Jerusalem die Konsequenzen der Isolierung des Gazastreifens zu verstehen beginnt. Da solche Vorgänge in Washington und Berlin anscheinend ohne erkennbare Resonanz bleiben und Machmud Abbas jenseits des üblichen rhetorischen Wohlwollens geringe politische Unterstützung erfährt, droht ihm das Schicksal Hamid Karsais, dessen Einfluss über die Stadtgrenzen von Kabul kaum nicht hinausreicht. Konkrete Hinweise, wie die Bundesregierung und die Europäische Union mit diplomatischen Initiativen zur Zweistaatenregelung beizutragen gewillt sind, sucht man bisher vergebens¹⁴.

Frank-Walter Steinmeier nimmt den Faden Levys nicht auf. Mehr noch: Er negiert das überwältigende Machtgefälle, das ihn im selben Atemzug den generellen Friedenswillen Syriens loben und die Verweigerung des Existenzrechts Israels durch „ Hamas“ kritisieren lässt. Wäre es für die Bundesregierung nicht zumindest bedenkenswert, die Kompromissbereitschaft dieser keineswegs ideologisch monochromen Bewegung auszuloten, wenn denn die palästinensischen Interessen an politischer Legitimität und nationaler Souveränität gewährleistet würden, die Steinmeier dem keineswegs demokratischen Regime in Damaskus unumwunden zugesteht? Ist tatsächlich „Sicherheit (...) ein Schlüssel für Fortschritte im Friedensprozess“, oder verhält es sich nicht umgekehrt, wie Frangi schreibt? Der durch vehemente Israel-Kritik nicht auffällig gewordene frühere US-Botschafter in Tel Aviv, Martin Indyk, hat an anderer Stelle zu Recht bemerkt, dass der Palästinensischen Autonomiebehörde die Kontrolle der Lage vorenthalten bleibt. Wenn man die Demokratie im Nahen Osten fördern wolle, mache es Sinn, mit den Palästinensern zu beginnen, denn sie wollten die Demokratie selbst¹⁵.

Nachdem die westliche Quarantäne Syriens aufgehoben worden ist und der Leiter des Polischen Büros von „ Hamas“ in Damaskus, Khaled Meshal, zur Ausreise in den Sudan aufgefordert worden sein soll und nachdem die

USA Libyen mit dem Besuch von Condoleezza Rice in Tripolis endgültig von der Liste der „Schurkenstaaten“ genommen haben, steht die Bundesregierung aufgrund ihrer Zögerlichkeit erneut vor einer Frage, ob sie sich auch künftig mit den Instrumenten der Krisendiplomatie begnügen will, während Nicolas Sarkozy die Zeit seiner EU-Ratspräsidentschaft nutzt, aktive Nahostpolitik zu betreiben.

Wenn es dafür nicht zu spät sein soll, gilt das, was für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan angemahnt worden ist, nämlich endlich die „Politikbedürftigkeit des Militärischen“ unter Beweis zu stellen¹⁶, zumindest ebenso dringlich für die Regelung in diesem Teil des Nahen Ostens. Dabei sind Israel vermeintliche Zumutungen nicht zu ersparen.

„On settlement activity, I would argue, we were not nearly tough enough on the Israelis. I don't think in the years that I was in government, which were almost 25, we really ever did an honest conversation at a strategic level, with enough Israeli ministry representatives in attendance, that I would describe as an honest conversation about what the Israelis were actually doing on the ground”,

hat sich Aaron David Miller erinnert¹⁷. Zu den zwingenden Fragen gehört die Klärung, ob entsprechend der vom späteren israelischen UN-Botschafter Yehuda Z. Blum (1978 – 1984) begründeten Rechtsschule¹⁸ die Westbank besetztes Gebiet („occupied territory“), befreites Gebiet („liberated territory“) oder „terra nullius“ („Niemandland“) sei – vom arabischen Ost-Jerusalem ganz abgesehen, auf das schon Ende Juni 1967 das Recht und die Verwaltung Israels ausgedehnt wurde¹⁹, bevor es durch die Annexion im Juli 1980 einen Status erhielt, der nicht verhandelbar sei. Kurz nach dem Sechstagekrieg hatte Blum zu Protokoll gegeben, dass der Rechtsstandpunkt Israels in den insgesamt zur Debatte stehenden Gebieten der eines Staates ist, der ein Gebiet kontrolliere, auf das kein anderer Staat einen besseren Titel vorweisen könne²⁰.

Daraus zogen israelische Regierungen die Schlussfolgerung, dass Artikel 49 der IV. Genfer Konvention – auch wenn sie von Israel am 6. Juli 1951 ratifiziert wurde –, der den Transfer von Teilen der Bevölkerung eines Siegerstaates in das eroberte Gebiet untersagen wollte, nicht anwendbar sei, weil Israel in der Westbank von einem historischen Rechtsstandpunkt

aus keine kriegführende Besetzung („belligerent occupation“) betreibe. Denn Israel und die Palästinenser würden einen politischen (und keinen juristischen) Konflikt austragen, und Artikel 3 der Konvention finde lediglich auf ein Gebiet einer Hohen Vertragspartei Anwendung²¹ – zu der die Palästinenser aufgrund der ihnen fehlenden und vorenthaltenen nationalen Souveränität nicht aufsteigen konnten²², ohne dass Israel zum Mittel der Annexion der Westbank griff. Mit dem Verzicht König Husseins im Juli 1988 erledigte sich auch die förmliche jordanische Annexion von 1950, die damals vom Rat der Arabischen Liga als eine Verletzung ihrer Charta verurteilt wurde. In den Osloer Vereinbarungen von 1993/1995 sucht man den Topos „Staat Palästina“ vergebens. Deshalb konnte nicht erstaunen, dass das Consilium des Internationalen Gerichtshofs von 2004 zu den „rechtlichen Konsequenzen eines Mauerbaus in den Besetzten Palästinensischen Gebieten“ von Israel strikt zurückgewiesen wurde. „Eine Friedensordnung für den Nahen Osten wäre auch eine gewaltige juristische Herausforderung“, hat der Völkerrechtler Michael Bothe unterstrichen²³.

Angesichts der zitierten Behauptung Blums, dass kein Staat einen besseren Rechtstitel auf die Westbank und Ost-Jerusalem als Israel habe, ist das Interview in diesem Heft mit Steinmeier höchst enttäuschend. Von einem Autor ohne politische Verantwortung und selbst von Abgeordneten – auch wenn sie ihr Königsrecht der parlamentarischen Debatte und besonders der Kleinen Anfragen nicht gerade selten ausüben, ohne dass freilich in Sachen Nahost politische Remeduren erkennbar wären – mag man unter dem Zwang zur parteitaktischen Loyalität oder aus sonstigen Gründen nichts anderes einklagen als die Behauptung, dass Deutschland und die EU keine Vermittlerrolle einnehmen können – obwohl Primor und Levy genau das Gegenteil vortragen. Vom deutschen Außenminister mit seinem Beraterstab, von dem man annehmen darf, dass er sich mit der einschlägigen Literatur vertraut gemacht hat und über den Vorschlag von Sari Nusseibeh zumindest nachdenkt, europäische Finanzhilfen an die Palästinenser künftig von politischen Fortschritten abhängig zu machen²⁴, kann mit Fug und Recht mehr erwartet werden als die Bekundung des Vertrauens in den transatlantischen Partner, der im Nahen Osten bislang durch politische Absprachen und Kooperationen mit den Europäern nicht bekannt geworden und dessen Renommee in der arabischen Welt umstritten ist, ohne deren Mitwirkung es aber keinen Frieden zwischen

Israel und den Palästinensern geben wird. Oder fühlte sich Steinmeier durch die eher harmlosen Fragen des Interviewpartners nicht zu größerer Schärfe herausgefordert? Jedenfalls muss man wohl für den Appell, die europäische Macht zu entwickeln und mehr internationale Verantwortung und Risiken in Kauf zu nehmen, wie ihn Joschka Fischer erhoben hat²⁵, aus dem Amt geschieden sein.

Dasselbe Unbehagen macht auch sich auch dort breit, wo Steinmeier nach einer Würdigung der „Genfer Initiative“ befragt worden ist und sie mit der Bemerkung abtut, sie sei „von einzelnen zivilgesellschaftlichen Akteuren (getragen)“ worden, zu denen – daran sei wenigstens erinnert – hochrangige Politiker, Sicherheitsfachleute, Militärs, Ökonomen, Schriftsteller und Intellektuelle gehörten. Wenn sich die Regierungen im Nahen Osten zum Frieden zugeständenermaßen als unfähig erweisen, sind die Europäer dringlicher denn je aufgefordert, den bürgerschaftlichen Kräften größere Aufmerksamkeit zu widmen. Überzeugend haben Daniel C. Kurtzer und Scott B. Lasansky die Doppelstrategie begründet, dass der einzige Weg zum Frieden jener sei, „der von oben nach unten und von unten nach oben angelegt ist“²⁶. Da sich die destruktiven Gefühle in beiden Völkern nicht allein durch Diplomatie oder Krieg auflösen lassen, wie Daniel Barenboim jüngst unterstrichen hat²⁷, hängt der Frieden vor allem von der Bereitschaft der Menschen zu jenen „schmerzhaften Kompromissen“ ab, die ihnen die Politik auferlegen will, ohne dass in Israel aus dieser Selbstverpflichtung Konsequenzen gezogen worden sind.

Aber auch Yossi Beilin²⁸ wäre zu wünschen gewesen, dass er mit dem in Genf Ende 2003 präsentierten Vertragsentwurf in Israel politisch offensiver umgeht, als ihn erneut als „den wichtigsten und in manchen Fällen sogar den einzigen Bezugsrahmen“ zu bezeichnen. Bedauerlich auch, dass man trotz gegenteiliger Ankündigung im englischsprachigen Internetportal der von Tel Aviv aus gesteuerten „Genfer“ Homepage die deutsche Version vergeblich sucht. Nachdem von Beilins internationaler Konferenz „Ein Abkommen (noch) in diesem Jahr“ Mitte Januar 2008 in Herzliya keine Impulse ausgegangen sind, so dass er keine Chancen mehr für Regelungen in der Amtszeit Ehud Olmerts sieht²⁹, läuft alles darauf hinaus, dass auch von der nächsten Regierung in Jerusalem trotz gegenteiliger Beteuerungen wenig zu erwarten ist. Das Gewicht des Militärs, des religiösen und nationalistischen Siedler-Establishments sowie der

bürokratischen Institutionen ist so stark, das sie eine grundlegende politische Wende verhindern können.

So bleibt am Ende im Gegensatz zum ambitionierten Titel des Heftes wieder einmal das Gefühl der Enttäuschung haften. Zahlreiche Argumente sind an anderer Stelle präziser vorgetragen worden, weitere Topoi wie die politische und ideologische Kontextualisierung des Konflikts, die Überlagerung säkularer, nationalistischer und liberaler Bewegungen durch religiös-fundamentalistische Strömungen auf beiden Seiten³⁰ sowie der Einfluss von militärischen und bürokratischen Prämissen auf das politische Handeln in Israel werden nicht thematisiert. Dass die Idee des gemeinsamen jüdisch-arabischen Staates, dem die Kennzeichen und Symbole der Ebenbürtigkeit auf den Feldern der Machtverteilung und der Einkommensverhältnisse fehlen würden³¹, auch hierzulande mehr denn je zuvor zu bedenklicher Ehre kommt, reflektiert die tiefe Verzweiflung an der Geltung der politischen Vernunft. Die einzige Alternative zur Existenz des unabhängigen palästinensischen Staates an der Seite Israels ist für Ghassan Khatib die unkalkulierbare Fortdauer des Konflikts³² – ein dramatischer Horizont, den er in seinem Zeitschriftenbeitrag freilich nicht ausleuchtet.

¹ Avi Primor war in den 1990er Jahren Israels Botschafter in Deutschland. Heute ist er Direktor des „Center for European Studies“ am „Interdisciplinary Center“ in Herzliya bei Tel Aviv.

² Ephraim Yaar and Tamar Hermann: War and Peace Index, July 2008, ed. The Tami Steinmetz Center for Peace Research, Tel Aviv University.

³ Akiva Eldar: Man weint und schießt, in „Haaretz“ 29.08.2008 (hebr. Internetausgabe).

⁴ Diese Meinungsäußerungen werden nur in der hebräischsprachigen Online-Ausgabe von „Haaretz“ reproduziert.

⁵ Yair Lapid: This land isn't Israel, in www.ynetnews.com 19.08.2008 (“ynetnews” ist das Internetportal der auflagenstärksten Zeitung „Yediot Achronot”).

⁶ 1) Government of Israel, Cabinet Communiqué 14 September 2008: Prime Minister Ehud Olmert referred to recent events in northern Samaria: „As you know, there was a terrorist attack at Yitzhar in which a terrorist infiltrated the community. A young boy was wounded and there was an attempt to perpetrate a more serious attack. This was a serious and harsh thing and our security forces are dealing with these issues and will reach those who were involved and will do what needs to be done, as they do so admirably throughout the year. However, the residents of Yitzhar and nearby places responded by assaulting Arab residents in a nearby Palestinian village. They used live weapons and wounded Palestinian residents even though there was no basis to assume, and no knowledge to the effect, that these residents were at all connected, whether directly or indirectly, to

the terrorist attack in Yitzhar. This phenomenon of taking the law into one's hands, of violent disturbances, of brutality by Jewish elements living in communities in Judea and Samaria, whether in recognized communities or in illegal outposts, is intolerable and will be dealt with sharply and harshly by the law enforcement authorities of the State of Israel.

There will be no pogroms against non-Jewish residents in the State of Israel. We have law enforcement authorities. We have police. We have security services. First and foremost, we have a military that knows how to deal with incidents in which Jews are attacked and to fight terrorists, and it will not lend a hand to those who take the law into their hands and attack innocents as was done over the weekend in the gravest manner. There have been incidents in which this violence and this brutality have been directed against not only those whom the settlers suspect to be terrorists but also against Israeli soldiers and commanders. An IDF company commander's hand was broken by settlers. This is intolerable and I instruct the security elements in the territories to act strongly in order to prevent such events from recurring and to bring those responsible to justice, pure and simple."

Prime Minister Olmert also said:

"I must also comment on the statement that was made over the weekend regarding publications in foreign newspapers about Israeli activities, whether they actually took place or not. Over the past year, we have taken care not to comment on, respond to, confirm or deny, and to act with the necessary restraint and responsibility, regarding security issues of the highest order. It is inconceivable that somebody – for whatever reasons, be they political or personal – allows himself to say things that I unequivocally reject."

2) PM slams 'pogroms' against non-Jews, in „The Jerusalem Post“ 14.09.2008; Olmert: We won't allow settler pogroms against non-Jews, in „Haaretz“ 14.09.2008; Prime minister: The 'Greater Israel' idea is over, in „The Jerusalem Post“ 14.09.2008.

⁷ Shlomo Ben-Ami: War to Start All Wars. Will Israel Ever Seal the Victory of 1948?, in „Foreign Affairs“ August/September 2008. Der frühere israelische Außenminister rezensierte das neue Buch von Benny Morris „1948: A History of the First Arab-Israeli War“. Yale University Press 2008.

⁸ Mustafa Barghouti ist Generalsekretär der mit drei Abgeordneten im „Palestinian Legislative Council“ vertretenen „Palästinensischen Nationalen Initiative“.

⁹ Elie Barnavi, inzwischen emeritierter Professor für westliche Geschichte in der Moderne an der Universität Tel Aviv, war zwischen 2000 und 2002 Israels Botschafter in Frankreich.

¹⁰ Abdallah Frangi war zwischen 1993 und 2005 Leiter der Palästinensischen Generaldirektion in Deutschland. Heute steht er der Außenpolitischen Abteilung („*Central Committee and Foreign Relations Commissioner*“) von „Fatah“ in Ramallah vor.

¹¹ Khalil Shikaki: The Future of Palestine, in „Foreign Affairs“ November/December 2004, S. 45 ff.; Yezid Sayigh: Arafat and the Anatomy of a Revolt, via www.ipcri.org/files/yezidarafat.html; Yezid Sayigh and Khalil Shikaki: Strengthening Palestinian Public Institutions. Sponsored by the [U.S.] Council on Foreign Relations, 1999; Rashid Khalidi: The Iron Cage. The Story of the Palestinian Struggle for Statehood. Boston 2006. Die erste, mir bekannte scharfe Auseinandersetzung mit dem politischen (Miss-)Management der PLO stammte von Jamil Hillal: PLO Institutions, The Challenge Ahead, in „Journal of Palestine Studies“ XXIII(Autumn 1993)1, S. 47 ff. Hillals Polemik, nicht zufällig in zeitlicher Koinzidenz mit der israelisch-palästinensischen Prinzipienklärung stehend, wurde von der Redaktion der Zeitschrift mit dem ausdrücklichen Vermerk eingeleitet, dass der Direktor des „Information Department“ der PLO in Tunis seine persönlichen Auffassungen vertrete.

¹² Eine innerpalästinensische Bestandsaufnahme findet mittlerweile auch im Kulturbereich statt. So berichtet Jörg Bremer in der „Frankfurter Allgemeinen

Zeitung“ am 06.09.2008 von der mehrteiligen palästinensischen Filmproduktion „Matabb (Straßenschwelle)“ über die außerehelichen Beziehungen einer jungen Frau, die als „ungeeignet“ aus dem TV-Programm genommen worden ist.

¹³ Daniel Levy war der juristische Berater des israelischen Teams zur „Genfer Initiative“ und ist heute Direktor der „Prospect for Peace Initiative“ mit Sitz in Washington, D.C.

¹⁴ Vgl. dazu die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 16/8993 vom 25.04.2008.

¹⁵ Lessons of Arab-Israeli Negotiating: Four Negotiators Look Back and Ahead [Martin Indyk, Robert Malley, Aaron David Miller, and Dennis Ross], „Middle East Institute“, Transcript April 25, 2005.

¹⁶ Klaus Naumann: Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen. Hamburg 2007.

¹⁷ Lessons of Arab-Israeli Negotiating... Vgl. meine Rezension des Buches von Miller „The Much Too Promised Land“ (New York 2008) in dieser Homepage.

¹⁸ Außer Blum lassen sich zu ihr Meir Shamgar, Yoram Dinstein, Shabtai Rosenne, Netanel Lorch, Dore Gold und – partiell – Ruth Lapidoth rechnen. So vertrat Lapidoth etwa im Gegensatz zu amtlichen und offiziellen Reaktionen in einem Rechtsgutachten für das Auswärtige Amt in Jerusalem die Auffassung, dass die Palästinenser über die Vorkehrungen der „Genfer Initiative“ in Artikel 7 hinaus kein Rückkehrrecht nach Israel einklagen könnten (Reiner Bernstein: Von Gaza nach Genf. Schwalbach/Ts. 2006, S. 89).

¹⁹ Vor allem Ruth Lapidoth: Jerusalem and the Peace Process, in „Israel Law Review“ 28 (1994), S. 402-434.

²⁰ Yehuda Z. Blum: The Missing Reversioner: Reflections on the Status of Judea and Samaria, in „Israel Law Review“ 3 (1968). S. 279-301. Ebenfalls Meir Shamgar: The Observance of International Law in the Administered Territories, in „International Yearbook of Human Rights“ 3 (1971), S. 262-277; Meir Shamgar: Occupied Territories or Disputed Territories?, in „Jerusalem Center for Public Affairs“, 1(2 September 2001)1; Yoram Dinstein: War, Aggression and Self-Defense. 4th ed. Cambridge University Press 2005.

²¹ Israel Ministry of Foreign Affairs: Israeli Settlements and International Law, 20 May 2001 in Abwehr von Art. 49 (8) der Vierten Genfer Konvention: „The provisions of the Geneva Convention regarding forced population transfer to occupied sovereign territory cannot be viewed as prohibiting the voluntary return of individuals to the towns and villages from which they, or their ancestors, had been ousted. Nor does it prohibit the movement of individuals to land which was not under the legitimate sovereignty of any state and which is not subject to private ownership. In this regard, Israeli settlements have been established only after an exhaustive investigation process, under the supervision of the Supreme Court of Israel, designed to ensure that no communities are established on private Arab land.“ Die Vorkehrung, dass private palästinensische Böden nicht requiriert werden, ist dadurch unterlaufen worden, dass darauf geltend gemacht Rechtstitel nicht anerkannt werden.

²² Dies verhindert zu haben, wurde vor allem begrüßt von Ruth Lapidoth: Israel and the Palestinians: Some Legal Issues, in „Die Friedenswarte“ 76 (2001), S. 211-240.

²³ Michael Bothe: Das Prinzip Hoffnung. Erwartungen an das Völkerrecht, in SZ 04.01.2008, S. 11.

-
- ²⁴ Den Text des Interviews mit Sari Nusseibeh findet sich in der Zeitleiste „Chronologie“ dieser Homepage unter dem 16.06.2008.
- ²⁵ Ich bin immer noch ein Linker! (Interview mit Joschka Fischer), in DIE ZEIT 14.08.2008, S. 15 ff.
- ²⁶ Daniel C. Kurtzer and Scott B. Lasansky: Negotiating Arab-Israeli Peace. American Leadership in the Middle East. Washington, D.C., 2008. Dazu meine Rezension in dieser Menüleiste.
- ²⁷ „Die Musik ist unsere Chance“ (Interview mit Daniel Barenboim), in DIE ZEIT 14.8.2008, S. 66.
- ²⁸ Yossi Beilin war der Leiter des israelischen Teams zur „Genfer Initiative“. Für die Partei „Meretz/Yachad“, deren Vorsitzender er bis März 2008 war, ist Beilin Abgeordneter der Knesset (ausgeschieden Anfang 2009).
- ²⁹ Yossi Beilin: On borrowed time, in „bitterlemons“ 11.08.2008.
- ³⁰ Vgl. für den religionskulturellen Einfluss Saudi-Arabiens auf die gesamte arabisch-islamische Region jüngst Paul Salem: The Middle East: Evolution of a Broken Regional Order, Carnegie Papers ed. by the „Carnegie Endowment for International Peace“ 7/June 2008, besonders S. 9.
- ³¹ Darauf hat noch einmal der lange als einflussreichster „Binationalist“ bezeichnete Jerusalemer Soziologe Meron Benvenisti in seinem Beitrag „Moot argument“ („Haaretz“ 21.08.2008) warnend hingewiesen. Vgl. Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten. Berlin 2000, Kap. VII.
- ³² Ghassan Khatib: The only alternative to two states is conflict, in „bitterlemons“ 19.08.2008. Der Autor, Absolvent der University of Durham mit einem PhD, ist Leiter des palästinensischen „Jerusalem Media and Communication Center“, – zusammen mit Yossi Alpher – Mitherausgeber des Internetportals „bitterlemons“ und Vizepräsident der Birzeit University.

*Reiner Bernstein
September 2008*